

Abstimmungsempfehlungen der SN-Redaktion

Für eine Art Normalität

Das Covid-19-Gesetz bildet die rechtliche Grundlage zur Pandemiebewältigung. Es weist wohl Schwachstellen auf. Doch in der anhaltenden Ausnahmesituation macht es mit dem Covid-Zertifikat ein vergleichsweise normales Leben möglich.

Reto Zanettin

Das Beste wäre es, wenn es das Covid-19-Gesetz nicht bräuchte. Doch die Pandemie, die uns in eine Ausnahmesituation versetzt hat, verlangt danach. Die Rechtsänderungen vom März dieses Jahres tragen zur Krisenbewältigung bei. Das Parlament konkretisierte etwa, wie der Bundesrat vorgehen hat. Seine Coronastrategie soll das öffentliche Leben so wenig wie möglich einschränken, und er muss in seinen Entscheidungen neben der epidemiologischen Lage die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen berücksichtigen. Diese Vorgabe hilft, den Schweizer Weg durch die Pandemie fortzusetzen, nachdem unser Land schon bisher mit vergleichsweise milden Einschränkungen auskam. Deutschland beispielsweise hat seinen Bürgern härtere Restriktionen aufgebürdet.

National- und Ständerat schufen ebenfalls die Grundlage für das Covid-Zertifikat. Vorweisen muss es, wer etwa ein Restaurant, Sportstadion, Kino oder Theater besuchen möchte. Zusammen mit den kostenpflichtigen Tests werden Ungeimpfte wohl unter einen gewissen Druck gesetzt. Kritiker sprechen von einem indirekten Impfwang. Doch das verkennt, was nüchtern betrachtet wahrscheinlich ist: Entweder man lässt sich impfen oder testen – oder man wird früher oder später angesteckt, womit man sich selbst und andere gefährdet. Insofern stehen alle vor der gleichen Wahl, nämlich: Wie will ich zum Covid-Zertifikat gelangen? Die Impfung hat zwar Nebenwirkungen, und Tests kosten, bei einer Ansteckung droht aber ein schwerer Verlauf und möglicherweise Long Covid.

Bei einem Nein wird diese Abwägung freilich überflüssig, weil ab März 2022 keine Zertifikate mehr ausgestellt werden könnten. Das jedoch wäre ein Verlust für die über fünfzehn Millionen Menschen, die bereits zweifach geimpft sind. Sie würden die wiedererlangten Freiheiten einbüßen. Dabei fühlt sich ein Restaurant- oder Kinobesuch heute schon beinahe wieder so an wie vor der Pandemie. Sobald die Türschwelle überschritten, das Zertifikat vorgezeigt ist, beginnt ein Stück Normalität,



Mit dem Covid-Zertifikat erhält man Zutritt zu Sportveranstaltungen, wie hier zu einem Eishockeyspiel im Zürcher Hallenstadion.

BILD KEY

besonders, weil das Maskentragen entfällt und die Angst vor einer Ansteckung markant sinkt. Zudem erleichtert das Zertifikat Reisen und Aufenthalt im Ausland. Mit einem Nein setzen wir dies auf Spiel.

Denn die Pandemie endet so oder so nicht am 28. November. Der Bundesrat wird weiterhin verhindern, dass die Spitäler an ihre Grenzen stossen. Er dürfte notfalls abermals Betriebe schliessen. Wie sonst sollen Ansteckungen und Spitaleinweisungen verhindert werden, wenn zum Beispiel vor Konzerten kein Immunitätsnachweis mehr möglich ist? Wir sollten alles daran setzen, einen weiteren Teillockdown zu vermeiden.

Auch Wirtschaftshilfen entfielen

Ebenso wie das Covid-Zertifikat würden zusätzliche Wirtschaftshilfen wegfallen. Negativ betroffen wären manche Unternehmen, Selbstständige, Arbeitslose oder unter anderen auch Profisportvereine. Das

wollen nicht einmal die Gegner der Vorlage, was eine Schwäche des Gesetzes offenlegt. Es vermischt Themen, über die im Grunde separat abgestimmt werden sollte. Denn man kann gegen die Zertifikatspflicht, aber für die Wirtschaftshilfen sein. Nun ist es so: Das Volk kann nur über das Gesamtpaket abstimmen.

Ein Dorn im Auge der Kritiker ist das Contact Tracing (CT). Der Bund erhielt im März die Aufgabe, ein schweizweites CT-System sicherzustellen. Jetzt glauben die Gegner, die Schweiz verkomme zu einem Überwachungsstaat. Sie blenden dabei aus, dass jeder von uns bereits heute mit jedem Wisch über den Smartphonebildschirm die Techriesen wie Google, Apple oder Facebook mit Daten beliefert. Ferner sind Vergleiche mit China fragwürdig, weil die politische Kultur hierzulande sich von jener im Reich der Mitte klar unterscheidet.

Das Covid-Zertifikat und das CT bilden zusammen ein starkes Mittel gegen die Pan-

demie. Dies hat eine Kehrseite: Das Modell könnte auf andere Themen übertragen werden, beispielsweise auf die wachsenden Gesundheitskosten, die Altersvorsorge oder den Klimawandel. Wer garantiert nun, dass das nicht geschehen wird? Gesundheitsminister Alain Berset bekräftigte diese Woche, der Bundesrat werde die Zertifikatspflicht nicht länger als nötig fortführen. Glaubwürdig sind diese Worte, weil das Gesetz befristet ist. Umso mehr wird sich die Landesregierung aber an ihrer Aussage messen lassen müssen. Das gilt gleichfalls für in Zukunft möglicherweise aufkommende Ideen eines Ökologiezertifikats oder anderer Kontrollen der Bürgerinnen und Bürger.

Dass Grundfreiheiten wieder bedingungslos gelebt werden können, ist wünschenswert. Da die Pandemie anhält, sollten wir allerdings mit gewissen Einschränkungen leben können.

Die SN empfehlen ein Ja zum Covid-19-Gesetz.

**Gesetzliche Grundlage**

Das Covid-19-Gesetz ist die rechtliche Basis zur Pandemiebewältigung.

Normalität

Mit dem Covid-Zertifikat ist ein beinahe normales Leben möglich.

Wirtschaftshilfen

Das Covid-19-Gesetz enthält zusätzliche Unterstützung für die Firmen und Arbeitnehmer.

**Vermischung**

Die Vorlage vermischt Themen, über die separat abgestimmt werden müsste.

Überwachung

Die Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger sollte nicht länger als die Pandemie dauern.

Das Los ist nicht die Lösung

Die Justiz-Initiative will, dass ein qualifiziertes Losverfahren die Bundesrichter und Bundesrichterin bestimmt. Damit soll der Einfluss der Politik entzogen werden. Obwohl Reformbedarf besteht, ist die Initiative der falsche Weg.

Andrea Tedeschi

**Mandatssteuer**

Entrichten Bundesrichter ihrer Partei kein Geld mehr, stellt das ihre Unabhängigkeit weniger infrage.

Wiederwahl

Mit der Abschaffung der Wiederwahl soll die Politik weniger Druck auf die Justiz ausüben können.

**Werthaltung**

Mit dem Wegfall des Parteienproporz ist die Werthaltung der Parteien weniger abgebildet.

Fachkommission

Mitglieder müssen zuerst noch bestimmt werden und auch die Kriterien, wonach sie Richter auswählen.

Richterinnen und Richter sind Menschen mit Werten und Haltungen, unabhängig davon, ob sie einer Partei angehören. Daran würde auch der Losentscheid nichts ändern. Anders als beim Parteienproporz würden damit die am Bundesgericht vertretenen Überzeugungen aber weniger transparent.

Dennoch haben die Initianten berechnete Anliegen vorgebracht, die der Schweizer Richterverband teilt. Denn der Reformbedarf ist gross. Mit einer einmaligen Amtsdauer von 12 Jahren sollen sich Bundesrichter etwa keiner Wiederwahl und keinen allfälligen politischen Machtspielen mehr aussetzen müssen. Auch soll die Mandatssteuer wegfallen, die Bundesrichter den Parteien entrichten müssen. Weil das ihre Unabhängigkeit infrage stellen kann.

Mindestens zwei Reformideen wird das Parlament nach einem Nein zur Justiz-Initiative konkretisieren. Das zeigt, dass es den Reformbedarf anerkennt. Ein Fachgremium, das Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen soll, hat im Parlament eine erste Hürde genommen. Geht es nach bürgerlichen Parlamentariern, soll auch die Mandatssteuer fallen.

Die SN-Redaktion empfiehlt ein Nein zur Justiz-Initiative.

Den Bogen überspannt

Die Pflege-Initiative will den Pflegenotstand mit einer Ausbildungsoffensive beheben. Zudem fordert sie bessere Arbeitsbedingungen. Das ist berechtigt. Eine Privilegierung des Berufsstandes in der Verfassung geht aber zu weit.

Rico Steinemann

**Ausbildung**

Mit einer Ausbildungsoffensive soll der Pflegenotstand abgewendet werden.

Direkte Abrechnung

Pflegende sollen künftig direkt bei den Krankenkassen abrechnen können.

**Sonderstellung**

Eine Erwähnung in der Verfassung privilegiert die Pflegenden gegenüber anderen Berufsständen.

Umsetzung

Bei einem Ja muss das Parlament ein Gesetz ausarbeiten. Das dauert Jahre.

einer Berufsgattung zu bestimmen. Dafür sollen weiterhin die Kantone, Sozialpartner und Betriebe zuständig sein. Eine weiteres Problem der Initiative: Bis das Parlament ein entsprechendes Gesetz ausgearbeitet hat, kann es Jahre dauern. Was bei diesem Ringen um einen Kompromiss zwischen links und rechts dann herauskommt, ist ungewiss. Der vom Parlament ausgearbeitete indirekte Gegenvorschlag hat den Vorteil, dass er sofort umgesetzt wird und keine Zeit verloren geht. Er kommt zum Zug, wenn die Initiative abgelehnt wird und kein Referendum ergriffen wird. Der Gegenvorschlag nimmt zwei Hauptanliegen der Initiative auf. Er will eine Milliarde Franken für eine Ausbildungsoffensive ausgeben und das erleichterte Abrechnen erlauben. Allerdings mit einem Kontrollmechanismus, der zu stark steigende Kosten im Zaum halten soll. Antworten darauf, wie man Berufsausstiege wegen der Arbeitsbedingungen verhindern kann, liefert der Gegenvorschlag allerdings nicht. Verbesserungen diesbezüglich sollten folgen.

Die SN bevorzugt den Gegenvorschlag und empfiehlt ein Nein zur Pflege-Initiative.